

## DIE AUSKÜCHELUNG

Bonn: US-Präsident Kennedy hat das Berlin-Problem als "durchsetzbares" Chruschtschow-Vorzeichen abgelehnt und die Funktionstüchtigkeit der DGB-MFZ bestätigt. Dr. Grädy denkt vor, daß die FDP-Fraktionsvorsitzenden Maier und Schröder die Entwicklung vorstellen.

### FRIITZ ERIER (SPD)

Das Kommunikat von Wien er wähnt die "Deutschlandfrage" nicht. Aber Berlin. Auch anders soviel Sprecher in Wien haben erklärt, daß über die Deutschlandfrage im ganzen gesprochen wurde. In diesen Feststellungen liegt schon die erste Antwort Kennedy's auf das sowjetische Berlin-Memorandum. Berlin ist für uns kein besonderes Problem, sondern Bestandteil der deutschen Frage und nur zusammen mit dieser zu erörtern und zu lösen. Das sowjetische Arbeitspapier mit der erneuten Ankündigung von Terminen für den angedrohten Separatismus sollte Anlaß sein, alle Aspekte der deutschen Frage in engstem Kontakt mit diesen Verbündeten und zwischen allen demokratischen Kräften der Bundesrepublik grundlich zu erörtern um einseitige Handlungen und den dadurch durch Deutschland geprägten "Für-Berlin"-denkbaren Schaden möglichst abzuwehren zukünftig.

Die bisher bekanntgewordene Information über das Wiener Treffen haben gezeigt, daß die USA mit aller Klarheit die Lebenstragen ihrer Verbündeten zur Sprache bringen und für sie eintreten. Das direkte Gespräch zwischen den beiden Mächten der Welt wird auch in anderer Form fortgesetzt. Schnelle Lösungen sind auf seinem Gebiet zu erwarten. Geduldige diplomatische Bemühungen können zu Erfolgen führen, aber doch wohl nur dann, wenn die sowjetische Politik davon abgeht durch die Forderung nach dem Vetorecht. In Dreier-Kollegien für die Führung aller internationalen Organisationen praktisch jede internationale Zusammenarbeit in solchen Gremien aufzukündigen.

### ERICH MENDE (FDR)

Man soll die "Prominenz Chruschtschows" mit seinem Separatiriedenvertrag nicht überreden, sollte allerdings alles tun um durch kluge Verhandlungen daran zu hindern eine solche Reaktion des Sowjetpolitis in der Deutschlandfrage zu vermeiden. Kommt es trotzdem zum Abschluß eines Separativertrages dann wächst dem Sowjetblock nicht mehr Macht zu als vor dem Kriegsbeginn. Die Unterschrift des FDR ist zu erhalten.

Die sozialistischen Parteien und Verbände der DDR haben sich in einer gemeinsamen Erklärung darüber ausgesprochen, daß die DDR nicht an der Teilung Deutschlands beteiligt sei.

Die sozialistischen Parteien und Verbände der DDR haben sich in einer gemeinsamen Erklärung darüber ausgesprochen, daß die DDR nicht an der Teilung Deutschlands beteiligt sei. Die sozialistischen Parteien und Verbände der DDR haben sich in einer gemeinsamen Erklärung darüber ausgesprochen, daß die DDR nicht an der Teilung Deutschlands beteiligt sei. Die sozialistischen Parteien und Verbände der DDR haben sich in einer gemeinsamen Erklärung darüber ausgesprochen, daß die DDR nicht an der Teilung Deutschlands beteiligt sei.

### JOHANN P. GRÄDY (CDU)

Die sozialistischen Parteien und Verbände der DDR haben sich in einer gemeinsamen Erklärung darüber ausgesprochen, daß die DDR nicht an der Teilung Deutschlands beteiligt sei. Die sozialistischen Parteien und Verbände der DDR haben sich in einer gemeinsamen Erklärung darüber ausgesprochen, daß die DDR nicht an der Teilung Deutschlands beteiligt sei.

### KARL WILHELM HÖLZEL (FDP)

Die sozialistischen Parteien und Verbände der DDR haben sich in einer gemeinsamen Erklärung darüber ausgesprochen, daß die DDR nicht an der Teilung Deutschlands beteiligt sei.

### WILHELM KLEIN (SPD)

Die sozialistischen Parteien und Verbände der DDR haben sich in einer gemeinsamen Erklärung darüber ausgesprochen, daß die DDR nicht an der Teilung Deutschlands beteiligt sei.

### WILHELM KLEIN (SPD)

Die sozialistischen Parteien und Verbände der DDR haben sich in einer gemeinsamen Erklärung darüber ausgesprochen, daß die DDR nicht an der Teilung Deutschlands beteiligt sei.

### WILHELM KLEIN (SPD)

Die sozialistischen Parteien und Verbände der DDR haben sich in einer gemeinsamen Erklärung darüber ausgesprochen, daß die DDR nicht an der Teilung Deutschlands beteiligt sei.

**BEST AVAILABLE COPY**

Schröder-Gesetz zu beraten hatten. Ein anderer Gesetzentwurf konnte dagegen nur in interfraktionellen Besprechungen konzipiert werden, und die Teilnahme an Interfraktions-Gesprächen hatte die CDU aufgekündigt.

Als bald begannen die SPD-Abgeordneten zu überlegen, welches taktische Vorgehen in der ersten Lesung für sie am erfolgreichsten wäre. Der Genosse Schmitt-Vockenhausen, der dem Innenminister Schröder immerfort „die Maske vom Gesicht reißen“ möchte, wollte dieser Lieblingsbeschäftigung auch diesmal nachgehen; doch die Mehrheit in der sozialdemokratischen Fraktion fand, es sei falsch, ständig nur Opposition zu treiben.

Dieser Ansicht war auch SPD-Jurist Dr. Adolf Arndt, der vorschlug, man solle der Überweisung des Gesetzentwurfs an die Ausschüsse nur zustimmen, dann werde sich von selbst ergeben, daß Schröder nicht durchdringen könne. Arndt, der von mehreren Genossen unterstützt wurde, konnte sich nicht durchsetzen.

Schließlich verfiel Geschäftsführer Dr. Karl Mommer auf eine Zwischenlösung, die es der SPD erlaubte, sowohl ihren Widerstand gegen Schröder als auch ihren Willen zur Mitarbeit an einer Notstandsregelung hinreichend deutlich zu machen: Die Fraktion der Sozialdemokraten beschloß, die Unterbrechung der ersten Lesung zu beantragen, damit die interfraktionellen Gespräche durchgeführt werden können, um eine gemeinsame Grundlage für eine Verfassungsgesetzgebung zu suchen“.

Der ungebrochene sozialdemokratische Drang nach Gemeinsamkeit, dem die SPD-Redner in der Debatte unermüdlich Ausdruck gaben, ließ die christdemokratischen Klagen, daß diese Gemeinsamkeit fehle, einigermaßen deplatziert erscheinen:

Rief der christdemokratische Sprecher Dr. Kanka: „Arbeiten Sie mit an dem, was wir für unser Volk zu leisten haben!“

Echoete SPD-Arndt: „Wer ist denn im Verzuge? Wer hat denn die Gespräche nicht fortgeführt? Wer hat es bisher an dem Willen oder der Bereitschaft zur Zusammenarbeit fehlen lassen? Sie oder wir? ... Und dann stellen Sie sich hier noch hin und sagen ‚Arbeiten Sie mit!‘“

Das Fazit der Debatte: Schröders Gesetzentwurf wurde zwar an die Ausschüsse überwiesen, doch war damit für die Christdemokraten nichts gewonnen.

Schröder hätte das Debakel voraussehen können. Aber die Stimme seines Herrn hatte ihm letzte Zweifel an der Richtigkeit seines Vorgehens ausgeredet: Hundert Minuten lang predigte Konrad Adenauer am Dienstag letzter Woche — einen Tag vor der Notstand debatte — der CDU-Fraktionsgemeinde, sie müsse dem Volk endlich klarmachen, was sie wolle. Die Wähler würden zwischen CDU und SPD nicht mehr deutlich genug zu unterscheiden, weshalb glaubhaft gemacht werden müsse, daß nach wie vor „himmelsweite Unterschiede“ vorhanden seien. Adenauer: „Meine Damen und Herren, da haben wir morgen die Debatte und da werden

wir ja sehen, was von der SPD zu halten ist. Hic Rhodus hic salta.“

Am letzten Donnerstag mußte CDU-Fraktionsgeschäftsführer Rasner eingestehen, daß der Stoff ins Leere gegangen sei: Hinter vorgehaltener Hand deutete er an, nun müßten wohl doch erst interfraktionelle Gespräche mit den Sozialdemokraten stattfinden, es sind ja auch einige Dinge, die

## ERHARD

### Der Moralist

Mit der Attitüde eines Mannes, dem Opportunismus verhaft ist und der viel von moralischen Prinzipien hält, verwickelter Vizekanzler Ludwig Erhard vor einigen Wochen den Bundeskanzler Konrad Adenauer in ein „Vier-Augen“-Gespräch über die Linie, die es im nächsten Wahlkampf zu halten gelle.



Bonner Journalist P. W. J. Roy: Das Geheimnis vom Tegernsee?

Die CDU habe als Regierungspartei die Pflicht, dozierte Erhard, nichts wieder allen, wohl und niemanden wehe zu tun. Es sei einfach unmöglich, allen Interessenten alles zu versprechen. Eine Regierung werde viel eher geachtet und wiedergewählt, wenn sie einer konsequenten wirtschafts- und sozialpolitischen Kurs halte. Es sehe ja bisher leider so aus, erregte sich Erhard, als ob die Regierung das deutsche Volk und seine Interessengruppen für korrupt halte.

Darauf sah Konrad Adenauer seinen Stellvertreter erstaunt an und fragte: „Ja, glauben Sie denn, das wäre anders Herr Erhard?“

Diese wahre Geschichte erzählte der Bundesvizekanzler in seinem Haus am Tegernsee acht Zeitungssleuten, die einen abgelaufenen Monat von Bonn nach Bayern gefahren waren, um ihnen nicht zu Veröffentlichung zu neuem Stürzen lang-

in ländlicher Idylle auseinanderzulegen, wie lief der Großvitz? „Denkt der zweite Mann der CDU-Wahlkampfmannschaft gegen den ersten dieser Riege, Konrad Adenauer, ungebrochen hegt „Arm in Arm mit dem Kanzler“ dieses Wahlkampfbild, das will ich am liebsten gar nicht erst sehen!“

Er werde sich verkündet Ludwig Erhard vor seinen acht Hausgästen in Wahlreden vor, manchen innerpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung und der CDU-Fraktion distanziert. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sei weniger eine Gruppe von Männern mit gleicher politischer Gesinnung als eine Koalition verschiedenster Interessengruppen. Vernünftige Fraktionsbeschlüsse würden durch selbsterhaltende Interessen vermieden.

Die Gruppensprecher also beschwerte sich Erhard, ließen mit ihren Wünschen zum Bundeskanzler den alten Herrn entscheiden, dann allein nach Wahlgesichtspunkten, und die Fraktion hege sich der allerhöchsten Meinung. Erhard: „Niemand will heute für das gemeinsame Wohl Opfer bringen. Die Regierung ist selbst schuld daran, daß es keine Staatsgesinnung gibt.“

Der Bundeskanzler gewidmete sich nach wie vor Achtung, aber das Vertrauen der Wählerschaft schwand doch angesichts allzu opportunistischen Kanzler-Beschlisse, so wie es im April 1957 und im Mai 1958 geschah. Ludwig Erhard ließ seinen Tegernsee-Gästen auch klarwerden, weshalb er solche für CDU-Begriffe kühne Kritik am Parteipatriarchen Adenauer äußerte. Der Kanzler schwenkte jetzt auf den wirtschaftspolitischen Kurs ein, den er Erhard schon vor anderthalb Jahren vorgeschlagen habe: keine Abkopplung der Brüsseler Sechs, Heraufführung Englands an den Kontinent, Soviel zur Frage des politischen Urteilsvermögens, das der Kanzler mir seinerzeit abgesprochen.“

Als der britische Premierminister Harold Macmillan in Bonn war, so erzählte Ludwig Erhard seinen Gästen, habe der Engländer John Foster, vier Augen auseinandergesetzt, wie ernst es Großbritannien mit seiner Hinwendung zum Kontinent sei. England habe sein Empire aufgegeben, missen und der Versuch, das Commonwealth durch wirtschaftliche Bindungen zusammenzuhalten, habe nicht recht funktioniert.

Ludwig Erhard konnte es sich nicht verkneifen, seinen acht Gesprächspartnern am Tegernsee, auch das zu erzählen. Konrad Adenauer habe sich in die wirtschaftlichen Gespräche zwischen Erhard und Macmillan mit einem Sicherheitsmischgewölle voller diplomatischer Ablenkung und Lügen aufgestellt. Erhard verstehe von Wirtschaft allerdings Macmillan, aber habe repliziert: „Acht Tage waren fast etwas wenige Herr Kanzler.“

„Ludwig Erhard konnte es sich nicht verkneifen, seinen acht Gesprächspartnern am Tegernsee, auch das zu erzählen. Konrad Adenauer habe sich in die wirtschaftlichen Gespräche zwischen Erhard und Macmillan mit einem Sicherheitsmischgewölle voller diplomatischer Ablenkung und Lügen aufgestellt. Erhard verstehe von Wirtschaft allerdings Macmillan, aber habe repliziert: „Acht Tage waren fast etwas wenige Herr Kanzler.“

BEST AVAILABLE COPY

EGGA-1824 ATT

Osthandelsexperte des britischen Industrieverbands (Federation of British Industry), Direktor Taylor, im vergangenen Frühjahr dem Zonenkurator Ulbricht im Beisein westdeutscher Firmenvertreter: "Die britische Industrie steht bereit, bei der DDR auch dort helfend einzutreten, wo sich ... Schwierigkeiten bei der Belieferung aus Westdeutschland ergeben."

Während Ludwig Erhard Amerika auf dem Luftweg verließ und seine Reise in den Vorderen Orient fortsetzte, um dort die Deutsche Industrieausstellung in Teheran zu eröffnen, spielte der Bundeskanzler in Bonn den Deus ex machina und überspielte die in sich schlüssige Berlin-Politik seines Wirtschaftsministers.

Konrad Adenauer nämlich bewegten die in Amerika erhobenen Vorwürfe, ein schlechter Partner zu sein, in höchstem Maße. Seinem in Frankfurt zwischengekommenen Wirtschaftsminister setzte er über das Flughafen-Telephon auseinander, er werde am nächsten Tag die Kündigung des Interzonengeschäftsabkommens aussprechen.

Während Erhard ein weiteres Mal durch den Kanzler bloßgestellt war, ist Fritz Berg nach der jüngsten Revision der Bonner Zonenpolitik am Ausgangspunkt seiner eigenen Überlegungen angelangt. Da wirtschaftliche Sanktionen gegenüber der Zone jedoch weder Berlin noch der vom BDI repräsentierten Industrie nützen, stehen Fritz Berg dialektische Komplikationen bevor: So muß er sein Ruhe-Ruhe-Programm schnellstens in das Gegenteil verkehren, will er sich nicht erstmals in seiner Laufbahn den Unmut des Kanzlers zuziehen.

## NOTSTAND

### Stoß ins Leere

Vor dem dünnbesetzten Bundestagsplenum — die Masse der CDU-Fraktion erfrischte sich im Restaurant des Bundeshauses — und vor fast leerer Regierungsbank, die stundenlang nur von dem beflissenen Neo-Christdemokraten von Merkatz gedrückt wurde, produzierte sich Innenminister Schröder schneidig-kalt: "Dieser 28. September 1960 ist in der deutschen Parlamentsgeschichte ein Datum von größter Bedeutung. Hier und heute wird sich zeigen, ob die nationalen Beteuerungen der SPD auch ernst gemeint sind." Und: "Die Vorlage stammt aus einem wahrhaft überparteilichen Geist."

Die Schröder-Rede geisterte um einen der heikelsten Gesetzespläne der Bundesregierung: das Notstandsrecht.

Was es mit dem von Schröder beschworenen überparteilichen Geist in Wahrheit auf sich hatte, wußte niemand besser als der Innenminister selbst: Schröder hat bis heute kein Interesse daran gezeigt, die Sozialdemokraten, auf deren Platz die CDU bei dem verfassungsändernden Notstandsgesetz an-

gewiesen ist, zur Mitarbeit an dem Entwurf einzuladen.

Vielmehr war Gerhard Schröder darauf bedacht, seine Notstandspläne ohne Rücksicht auf die SPD voranzutreiben, seit er vor Polizeiwerkschülern am 30. Oktober 1958 in Stuttgart zum erstenmal öffentlich bekundete, daß auf bundeseinheitliche Vorschriften über den Ausnahmezustand nicht länger verzichtet werden könne.

Mitte Januar dieses Jahres kontrollierte der Minister einen ersten Notstandsgesetzentwurf — ohne die Länderregierungen, deren Belange durch ein solches Gesetz entscheidend betroffen werden, und die Bundestagsopposition auch nur pauschal zu unterrichten. Resultat: Sowohl die Föderalisten der Länder als auch die Sozialisten der Opposition verwirfen das Schröder-Gesetzeswerk als indiskutabel.

Die Ablehnung traf zwei Hauptpunkte des ministeriellen Entwurfs, in denen bestimmt wird, daß

- ▷ der Ausnahmezustand vom Bundestag mit einfacher Mehrheit beschlossen werden kann; und
- > die Bundesregierung im Notstandsfall auch die Bundeswehr einsetzen darf.

Sechs Wochen nach Bekanntgabe des Entwurfs erhielt Schröder die erste Quittung: Am 26. Februar beschloß der Bundesrat — der dem Gesetz gleichfalls mit qualifizierter Mehrheit zustimmen muß — eine Reihe von Änderungen, die praktisch auf eine Neufassung des Gesetzes hinausliefen.

Schröder, dessen Eigensinn sich größer als erwartet erwies, wischte die Länderbedenken jedoch beiseite — ließ seinen Entwurf wie er war, und brachte ihn zur ersten Lesung im Bundestag ein.

Bevor der Innenminister sich für diesen Alleingang entschied, hatten — im Dezember vergangenen Jahres — der CDU-Abgeordnete Matthias Hoogen, der dem Rechtsausschuß des Bundestags vorsitzt, in einem Brief an den SPD-Fraktionsjuristen Arndt vorgeschlagen, interfraktionelle Besprechungen zwischen den beiden großen Parteien über Fragen des Notstandsrechts abzuhalten.

Der Vorschlag war keineswegs ungewöhnlich. Ähnliche vertrauliche Beratungen zwischen den Fraktionen hatten 1956 zur Verfassungsänderung bei der Verabsiedlung der Wehrgesetze geführt.

Der SPD-Fraktionsvorstand benannte die parlamentarischen Geschäftsführer Dr. Menzel und Dr. Arndt als Unterhändler. Arndt, Menzel und Hoogen — ein zweiter Vertreter, den die CDU benennen wollte, blieb den Verhandlungen von vornherein fern — trafen sich dreimal, zuletzt am 16. März. An diesem Tag teilte CDU-Hoogen seinen SPD-Kollegen mit: er werde wegen weiterer Besprechungen Nachricht geben, sobald seine Fraktion ihm weitere Richtlinien gegeben habe.

Bis zu diesem Zeitpunkt hatten sich die Gespräche für beide Seiten durchaus zufriedenstellend angelassen, wenn

auch die Sozialdemokraten, auch durch den Umstand, dupliziert fühlen mußten, daß Schröder seinen Gesetzentwurf noch während der Besprechungen veröffentlichte. Die SPD-Bauftragten blieben jedoch guten Mutes, weil sie sich nicht vorstellen konnten, daß die CDU auf ihre Mitarbeit just bei einem Gesetz verzichten würde, für das sie auf die SPD-Stimmen angewiesen waren.

Indes, nach dem 16. März ließ der CDU-Abgeordnete Hoogenrich mehr von sich hören und auch alle anderen CDU-Volksvertreter wollten plötzlich nichts mehr von gemeinsamen Besprechungen wissen. In einem "Vermerk", den SPD-Menzel unter dem 12. August 1960 „betr. Interfraktionelle Besprechungen über den Gesetzentwurf“ diktierte heißt es dazu:

"(Der CDU-Abgeordnete) Stoltenberg hatte in der zweiten Lesung des Haushaltsgesetzes des Innenministeriums begrüßt, daß Schröder den Gesetzentwurf über das Notstandsrecht vorgelegt habe. Ich habe ihm daraufhin am 11. 8. 1960 einen Brief geschrieben, worin ich eine gemeinsame Unterredung vorschlug. Stoltenberg hat nicht geantwortet."

In den beiden Altestenratsitzungen vom 21.6. und 1.7.60 fragte der Bundespräsident Gerstenmaier Herrn Rasner, wie weit die Besprechungen der Fraktionen über den Gesetzentwurf seien. Herr Rasner erklärt, daß sie laufen. Ich habe das sofort richtiggestellt und Rasner gefragt, was nun aus den Besprechungen werden solle, worauf er mir erwiederte, er werde mich unterrichten.

Da dies nicht geschah, habe ich Rasner in der Woche vom 11. bis 16.7. telefonisch mitgeteilt, daß die Besprechungen auch während der Parlamentsferien fortgesetzt werden könnten. Rasner tat sehr erfreut und versprach wiederholte mir Nachricht zu geben. Er hat sich nicht mehr gemeldet.

Ende Juli wurde dann offenbar, daß die Christdemokraten den "Geist der Überparteilichkeit" aufgegeben hatten. Bei dem Freiburger SPD-Abgeordneten Friedrich Maier, der dem Bundestagsausschuß für Inneres vorsitzt, erschien der stellvertretende Ausschussherr, Walter Kühlthau (CDU), und beklagte, daß die interfraktionellen Besprechungen zusammengebrochen seien. Menzel von Maier informiert, daß den Christdemokraten Kühlthau telefonisch um Auskunft, wie dieser Hinweis zu verstehen sei, Kühlthau versprach, so gleich bei seinem Fraktionschef Krone nachzufragen.

Die "Auskunft", die Krone verteilte, kann nicht sehr ermutigend gewesen sein, denn in einem zweiten Telefonat mit der SPD — so erinnert sich Notstandsexperte Menzel — war Kühlthau recht kleinlaut.

Menzel: "Er teilte mir mit, daß Krone ihm erklärt habe, es hätte einige Tage zuvor eine Unterredung zwischen Krone, Hoogen und Schröder stattgefunden. Sie habe ergeben, daß die CDU an eine Aussprache um die erste Lesung herum denke. Sollte das nicht der Fall sein, müsse man versuchen, sich später in den Abendstunden zu verständigen."

Am Abend des 16. März, als der Notstandsgesetzentwurf vor dem Plenum des Deutschen Bundestages erstmals verabschiedet werden sollte, war selbst der CDU-Klub — war ausgeschlossen, solange es Ausschüsse über nichts anderem als das

**BEST AVAILABLE COPY**

gen (war), bisher unbekannte Informationen über Gespräche zwischen Erhard und seinen politischen Freunden zu erhalten, die kürzlich hinter verschlossenen Türen stattfanden".

Der Purwin-Beitrag, der die wesentlichen Tegernsee-Informationen enthielt, ohne den Ort des Gesprächs und die Profession der Gesprächspartner zu erwähnen, war geschickt festgesetzt. Er erschien, als der CDU-Bundesvorstand am Donnerstag vorletzter Woche zu seiner ersten Sitzung nach dem Sommerferien zusammentrat.

Ehe der Vorstand mit seinen Beratungen begann, musste Erhard aufgebrachten Vorstandsfreunden Rede und Antwort wegen des Purwin-Artikels stehen. So draufgängerisch wie Jan Tegernsee war er vor diesem Gremium nicht mehr. Er nahm zu den Schülern behauptet Zufriedenheit seine Worte seines erstellt wiedergegeben: "der Beiftrag stimme Vorn und hinter nicht".

Der Hilfskanzler, auf dem Samstagsblatt auf Unglauben und auch die Deutsche Zeitung", die Erhard in Kauereien einen Leitartikel widmete, glaubte dem Purwin-Artikel mehr als der abschwächenden Version des Vizekanzlers vor dem CDU-Vorstand.

Schrieb das Erhard feindliche Blatt: "Wenn ... wirklich mal da und dort ein führender CDU-Politiker etwas auftut, was die Sozialdemokraten als Kritik am Kanzler empfinden, so unterscheiden sie offenbar nicht genug zwischen einer verdeckten Kritik und einem melancholischen Seufzer über die Ermüdblichkeit des alten Herrn im Palais Schäumburg."

Während sieben von Erhards acht Tegernsee-Gästen nun herauszufinden versuchen, wer wohl den Journalistin Purwin die Ketzerien des Vizekanzlers ausgeplaudert hat, ist der Betroffene vierzehn Tage lang für unbequeme Fragen nicht erreichbar. Ludwig Erhard reiste zunächst nach Washington zur Weltbank und von dort weiter nach Persien zu Schah Resa Pahlevi und Kaiser Farah Diba.

meister Brandt zu seiner Bonn-Reise animiert.

Die Sowjetregierung stellt fest, heißt es in der Note an die Amerikaner, daß die Besatzungsbehörden der drei Westmächte ... die Verantwortung für die Lage in Westberlin tragen ... Unter Mißbrauch ihrer Stellung haben sie die für die Sicherung des Bedürfnisses des Garnisonen in Westberlin zur Verfügung gestellten Dienste der drei Mächte missbraucht zum Transport von Materialien (von) der Bevölkerung innerhalb der deutschen Bundesrepublik nach Westberlin benutzt worden. Die Sowjetregierung bestimmt daraufhin, daß die Regierung der Vereinigten Staaten und Zukunftswirtschaftliche Sonderausstellung der zur Verfügung gestellten Vorbildung gewesen sind und

Brandts Sorge darüber, daß die drei Mächte die Verteilung nicht mehr und schnell reagieren würden, an Alvin Auswirkungen im letzten Bericht auf die Verteilung des Bevölkerungssatzes des Berliner Senats berichtet, und die Versammlung der Abgeordneten des Deutschen Nationalen Volksrats, die am 1. November 1955 in Bonn stattfand, habe dabei die Amerikaner als die einzigen, die sich nicht auf die Sowjets zur Zeit unter keinen Umständen auf einen Berlin-Strauß einlassen wollen, wenn es wegen der wortstarken Erklärungen führender amerikanischer Politiker und Zeitungen anders aussehen sollte, so sei vor einem Trugschluß zu warnen. Die Propaganda-Apparate der Republikaner und Demokraten brauchten für das Wählervolk derart tönende Anti-Sowjet-Parolen zu Stimmen für die Präsidentenwahl am 5. November zu ziehen. Solange sich Ulbricht auf Nadelstiche am Rande beschränke, würden die USA aber de facto nichts unternehmen, was ihnen neue Engagements und Risiken aufburden könnte.

Dem Berliner Bürgermeister schien es angebracht solcher Berichte opportunität, Heinrich von Brentano über die neue sowjetische Luftkorridor-Bedrohung zu sprechen, der Bundesaußenminister ist erst kürzlich in Amerika mit dem amerikanischen Außenminister Christian Herter zusammengetroffen und hat sich dort ausserst handinformiert. Jedoch Brentanos Halswellen-Blatt erhöhte Temperatur abends Frieden verhinderte das Treffen. So konzentrierte sich Brandts Hoffnung auf den amerikanischen Botschafter Dowling, dem er am Donnerstag seine Aufwartung machte.

Der Bürgermeister meinte jetzt, sein die Amerikaner selbst angesprochen und müßten handeln. Er legte seine Korridor-Sorgen dar und riet dringend zu einer schnellen und harten Antwort an Moskau. Diplomat Dowling be schwichtigte die Verantwortung, werden in Washington schon wichtige Konzessionen zu Sowjet-Interessen eingeknabbert. Deutsches Wort, Brandts die Amerikaner um fast eine Berlin-Wall-Zusage allein seltsam zu machen, aber wahrscheinlich die Deutschen in Bonn und Berlin

Ihr  
gas  
feuer  
zeug

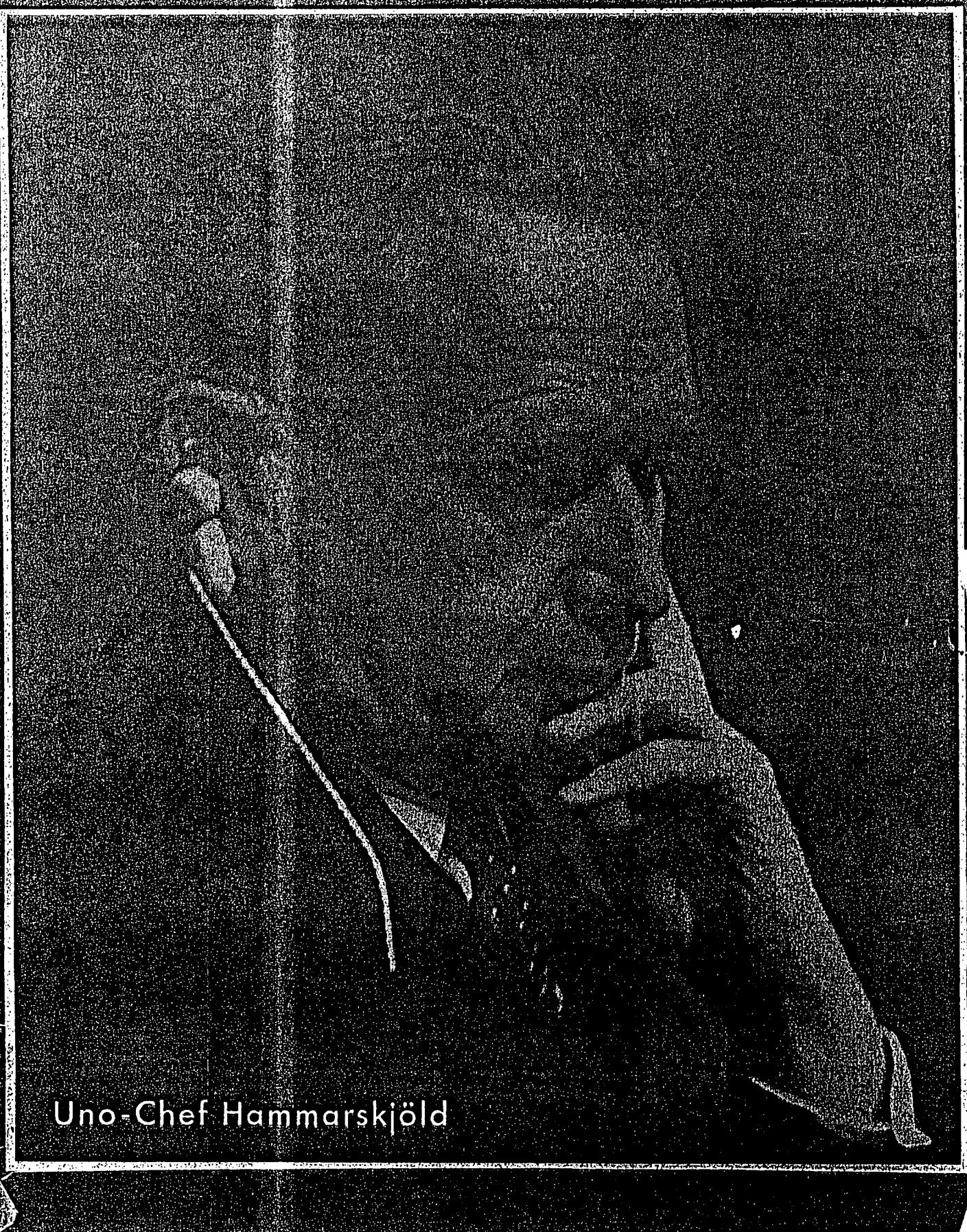
mit dem farbschönen Nylonmantel,  
besonders leicht. Zuverlässig  
wie sämtliche Consul-Erzeugnisse.

**CONSUL**

GEFRODER KOLLISCH NÖRNBERG

BEST AVAILABLE COPY

# DER SPIEGEL



Uno-Chef Hammarskjöld

Mit Willy Brandt in den Vereinigten Staaten

## Bei den Berlinern in New York

Eine bedeutsame Reise / Von unserer Korrespondentin Hildegard Pur

Berlins Regierender Bürgermeister hat in den acht Tagen seiner Amerikareise keinen Dolmetscher gebraucht, denn sein Englisch ist ausgezeichnet. Er hat Englisch sozusagen in verschiedenen Sprachen gesprochen, so wie er angesprochen wurde von den Politikern in Washington anders als von den Geschäftsleuten in Chicago, von den Professoren in New York anders als von den Jüden in der gleichen Stadt.

Beim ersten Abend Brandts bei Botschafter Grewe in Washington lernten und höflich am Telefon über ein Treffen lebten Sie ab, weil Sie den Sonntag ihrer Familie widmen wollten. Da des Präsidenten Kennedy überhaupt erst neuer kennt. Die neuen Leute politischer Berater des amerikanischen Präsidenten Brandt. Ich werde nie wieder einen amerikanischen Professor, Paul Kostow, einen der wichtigsten Männer, die die Präsident aus den Universitäten und anderen

Kennedy weiß Bescheid. Kennedy selbst überraschte Brandt seinen intimen Kenntnissen der Lage in Berlin und ganz Deutschland. Sein Interesse geht nicht nur den großen Problemen der Welt, sondern auch den persönlichen Erfahrungen des Präsidenten. Brandt plötzlich in Gegenwart der überfüllten Ostberlin, ist doch kein Kindespiel. Das muß ein Durst sein, sich in einem kleinen Raum zu befinden, ohne eine Aussicht auf einen Ausgang und die Möglichkeit, aus demselben Weg von Polen nach Paris zu kommen. Einem Sommer durch Berlin und Sie im Sessel auf einem Balkon, die Kommunikationen zwischen den beiden Seiten der Mauer, die Konsensberatungen für das Wirtschaftsprogramm, das Herbstschlußtag der Deutschen Landesversammlung, die Präsidentenwahl, die Wahlkampfveranstaltungen, die Kämpfen um die Wahl, die Verhandlungen, die Kalkulation, daß es kein Vertrag wird, der wieder wieder siegen will, der nicht an einer anderen Stelle

fragte Brandt zu allererst: Wie war die Wahlkampagne aussiehen?

Chicago's Bürgermeister. Da nicht nur Herr seiner Stadt, die allen Ecken und Enden abreißen läßt, sondern auch

sitzender der Vereinigung amerikanischer Bürgermeister wie Willy

Präsident des Deutschen Stadts

ist. Die Chikagoer selbst unter

den wenig. Sie kümmern sich kaum um die Schwierigkeiten

großen Politik. Sie sind mit

Herzen für Berlin und Dale

Niemals ist in jüngste Stadt ein

gerer Mann oder eine jüngere

mütigere Volksstimme als

als Willy Brandt. Bürgermeiste

Berlin zum Mittelpunkt des

Klub der großen Geschäftsm

und Frauen. Viele Männer und

Willy Brandt hält seine

und unkompliziert

Weltanschauungen

aus, wenn du dich

gegenüberstellen möchtest. Willy

Brandt ist ein großer Politiker

und ein großer Diplomat

und ein großer Mensch

22. März 1961

208

WILLY BRANDT, DEUTSCHLAND, WIEDER IN NEW YORK. Der deutsche Ministerpräsident und seine Frau sind in den Vereinigten Staaten auf einer offiziellen Reise. Die Presse berichtet über seine Gespräche mit Präsident Kennedy und anderen amerikanischen Politikern. Brandt ist ein bekannter Politiker und Diplomat aus Deutschland.

Mittwoch, 22. März 1961



INNEN MIT AVILY im Walzer sich drehn — dieser Wunsch erfüllte sich am 1. Februar 1952, als Berliner in einem Vereinsabend der Berliner in New York und der Konsul von West-Berlin, Alexander Kegler, Bürgermeister Fühl sich ganz als Botschafter seiner Stadt. Fotos: Alois Baumhardt

**BEST AVAILABLE COPY**

SECRET  
When Filled In

DOCUMENT TRANSFER AND CROSS REFERENCE

Das Treffen Brandt-Kennedy

# EIST WIE Brüder

Unsere Bonner Korrespondentin Hildegard Purwin begleitete den Regierenden Bürgermeister ins Weiße Haus.

Hier im Weißen Haus in Washington ging es am Montag ganz ohne feierliches Pathos zu. Fast wie Brüder stellten sich Kennedy und Willy Brandt nach ihrem Gespräch dem Fotografen am Schreibtisch. Sie unterhielten sich leise weiter, während die Kameras surrten. Dann setzten sie sich halb überbeck auf den Tisch, wie sie es wohl auch bei ihrem Gespräch getan hatten.

Kennedy läuterte Brandt zu: „Heute abend werden Sie unter Freunden sein.“ Er meinte das Roosevelt-Gedächtnis-Essen, bei dem Brandt Festredner war. Das sehr ernste 50-Minuten-Gespräch zuvor war von Kennedy sozusagen kollegial eröffnet worden: Er fragte nach der Wahlkampagne des Kanzlerkandidaten. Sie sind beide ganz verschiedene Typen,“ erklärte Purwin später, „sind sich aber ähnlich als Männer gleicher Generation – nüchtern, sachlich, ungezwungen, informell, eher kühl als überschäumend herzhlich.“

Kennedy trug einen blauen Anzug mit Nadelstreifen, ein gestreiftes Hemd, eine leicht zerknitterte blau-gemusterte Krawatte. Die betont lässige Kleidung und der dicke blonde Haarschopf vermittelten zunächst den Eindruck, man habe einen großen Jungen vor sich. Aber der kühle, abwägende Blick aus den blauen Augen hebt diesen Eindruck auf.

Ausnahmsweise wurde auch die Handvoll Journalisten aus Deutschland mit den Fotografen ins Arbeitszimmer eingelassen. Kennedy bat Brandt, ihm die Presseleute vorzustellen. Ich war die erste, der Kennedy kräftig die Hand schüttelte. Er fragte nach der Zeitung. Dann sagte er: „Ich freue mich sehr, daß sie mit zu uns übergekommen sind. Ich bin sehr froh, Bürgermeister Brandt bei mir zu haben. Wir sind an guten und fruchtbaren Beziehungen mit Westdeutschland interessiert, wie wir sie in der Vergangenheit hatten und in Zukunft haben wollen.“

Amerikanische Kollegen sagten mir später, eine solche Begrüßung sei ganz und gar unüblich. Ebenso ungewöhnlich.

(Fortssetzung auf Seite 2)

# Hinter Schloß und Riegel

Der Schrecken der Schulleiter von Neukölln, Tempelhof, Steglitz und Schöneberg, die 25-jährigen Klaus-Dieter B. aus Rudow und Jörg V. aus Schöneberg, sitzen hinter Schloß und Riegel. In den Monaten Dezember vorigen Jahres und Januar dieses Jahres haben sie 16 Schulen heimgesucht und mehr als 40 Schülern auf den Flurgarderoben und in verschlossenen Klassenzimmern hängende Bekleidung oder Geldbörsen gestohlen.

Durch die Aufmerksamkeit eines Schulloiters kam die Polizei den beiden Langläufern auf die Spur, die außerdem einen gemeinschaftlichen Villenbesitz in Lichtenfelde begangen hatten.

Die Beute verkauften die beiden in Lokalen in der Augsburger Straße und in An- und Verkaufsgeschäften.

Ein Teil des Diebesgutes konnte von der Kripo wieder herbeigeschafft werden. Der Wert der geslohlenen Sachen wird auf etwa 4000 DM geschätzt. Die beiden Burschen hatten sich monatelang wohnungslos in Berlin herumgetrieben, lebten von ihren Diebeszügen und Männerherkunftsgeschäften, die sie am Zoo suchten.

1. ON	
2. DATE	
EVALUATION	

Tel.-graf  
15 March  
1961

(7-46)

Osthandelsexperte des britischen Industrieverbands (Federation of British Industry), Direktor Taylor, im vergangenen Frühjahr dem Zonenkönig Ulbricht im Beisein westdeutscher Firmenvertreter: „Die britische Industrie steht bereit, bei der DDR auch dort helfend einzugreifen, wo sich ... Schwierigkeiten bei der Belieferung aus Westdeutschland ergeben.“

Während Ludwig Erhard Amerika auf dem Luftweg verließ und seine Reise in den Vorderen Orient fortsetzte, um dort die Deutsche Industrieausstellung in Teheran zu eröffnen, spielte der Bundeskanzler in Bonn den Deus ex machina und überspielte die in sich schlüssige Berlin-Politik seines Wirtschaftsministers.

Konrad Adenauer nämlich bewegten die in Amerika erhobenen Vorwürfe, ein schlechter Partner zu sein, in höchstem Maße. Seinem in Frankfurt zwischengelandeten Wirtschaftsminister setzte er über das Flughafen-Telephon auseinander, er werde am nächsten Tag die Kündigung des Interzonengeschäftsabkommen aussprechen.

Während Erhard ein weiteres Mal durch den Kanzler blödgestellt war, ist Fritz Berg nach der jüngsten Revision der Bonner Zonenpolitik am Ausgangspunkt seiner eigenen Überlegungen angelangt. Da wirtschaftliche Sanktionen gegenüber der Zone jedoch wieder Berlin noch der vom BDI repräsentierten Industrie nützen, stehen Fritz Berg dialektische Komplikationen bevor. So muß er sein Stille-Stille-Programm schnellstens in das Gegenteil verkehren, will er sich nicht erstmals in seiner Laufbahn den Unrat des Kanzlers zuziehen.

#### NOTSTAND

#### Stoß ins Leere

Vor dem dünnbesetzten Bundestagsplenum — die Masse der CDU-Fraktion erfrischte sich im Restaurant des Bundeshauses — und vor fast leerer Regierungsbank, die stundenlang nur von dem beflissenen Neo-Christdemokraten von Merkatz gedrückt wurde, produzierte sich Innenminister Schröder schneidig-kalt: „Dieser 28. September 1960 ist in der deutschen Parlamentsgeschichte ein Datum von größter Bedeutung. Hier und heute wird sich zeigen, ob die nationalen Beteuerungen der SPD auch ernst gemeint sind.“ Und: „Die Vorlage stammt aus einem wahrhaft überparteilichen Geist.“

Die Schröder-Rede geisterte um einen der heikelsten Gesetzespläne der Bundesregierung: das Notstandsgesetz.

Was es mit dem von Schröder beschworenen überparteilichen Geist in Wahrheit auf sich hatte, wußte niemand besser als der Innenminister selbst: Schröder hat bis heute kein Interesse daran gezeigt, die Sozialdemokraten, auf deren Platz die CDU bei dem verfassungsändernden Notstandsgesetz an-

gewiesen ist, zur Mitarbeit an dem Entwurf einzuladen.

Vielmehr war Gerhard Schröder darauf bedacht, seine Notstandspläne ohne Rücksicht auf die SPD voranzutreiben, seit er vor Polizeiwerkschülern am 30. Oktober 1958 in Stuttgart zum erstenmal öffentlich bekundete, daß auf bundeseinheitliche Vorschriften über den Ausnahmezustand nicht länger verzichtet werden könne.

Mitte Januar dieses Jahres initiierte der Minister einen ersten Notstandsgesetzentwurf — ohne die Länderregierungen, deren Belange durch ein solches Gesetz entscheidend betroffen werden, und die Bundestagsopposition auch nur pauschal zu unterrichten. Resultat: Sowohl die Föderalisten der Länder als auch die Sozialisten der Opposition verwarfene das Schröder-Gesetzeswerk als indiskutabel.

Die Ablehnung betrifft zwei Hauptpunkte des ministeriellen Entwurfs, in denen bestimmt wird,

- 1) der Ausnahmezustand vom Bundestag mit einfacher Mehrheit beschlossen werden kann und
- 2) die Bundesregierung im Notfall auch die Bundeswehr einsetzen darf.

Sechs Wochen nach Bekanntgabe des Entwurfs erhielt Schröder die erste Quittung: Am 26. Februar beschloß der Bundesrat — der dem Gesetz gleichfalls mit qualifizierter Mehrheit zustimmen muß — eine Reihe von Änderungen, die praktisch auf eine Neufassung des Gesetzes hinausließen.

Schröder, dessen Eigensinn sich größer als erwartet erwies, wischte die Ländersbedenken jedoch beiseite — ließ seinen Entwurf, wie er war, und brachte ihn zur ersten Lesung im Bundestag ein. Bevor der Innenminister sich zu diesem Alleingang entschloß, hatte — im Dezember vergangenen Jahres — der CDU-Abgeordnete Matthias Hoogen, der dem Rechtsausschuß des Bundestags vorsitzt, in einem Brief an den SPD-Fraktionsjuristen Arndt vorgeschlagen, interfraktionelle Besprechungen zwischen den beiden großen Parteien über Fragen des Notstandsgesetzes abzuhalten.

Der Vorschlag war keineswegs ungewöhnlich. Ähnliche vertrauliche Beratungen zwischen den Fraktionen hatten 1956 zur Verfassungsänderung bei der Verabschiedung der Wehrgesetze geführt.

Der SPD-Fraktionsvorstand benannte die parlamentarischen Geschäftsführer Dr. Menzel und Dr. Arndt als Unterhändler, Menzel und Hoogen — ein zweiter Vertreter, den die CDU benennen wollte, blieb den Verhandlungen von vornherein fern — trafen sich dreimal, zuletzt am 16. März. An diesem Tag teilte CDU-Hoogen seinen SPD-Kollegen mit, er werde wegen weiterer Besprechungen Nachricht geben, sobald seine Fraktion ihm weitere Richtlinien gegeben habe.

Bis zu diesem Zeitpunkt hatten sich die Gespräche für beide Seiten durchaus zufriedenstellend angelassen, wenn

sich die Sozialdemokraten auch durch den Umstand dämpft fühlen mußten, daß Schröder seinen Gesetzentwurf noch während der Besprechungen veröffentlichte. Die SPD-Befragten blieben jedoch guten Mutes, weil sie sich nicht vorstellen konnten, daß die CDU auf ihre Mitarbeit just bei einem Gesetz verzichten würde, für das sie auf die SPD-Stimmen angewiesen war.

Indes, nach dem 16. März ließ der CDU-Abgeordnete Hoogen nichts mehr von sich hören, und auch alle anderen CDU-Volksvertreter wollten plötzlich nichts mehr von gemeinsamen Besprechungen wissen. In einem „Vermerk“, den SPD-Menzel unter dem 12. August 1960 — „betr.: Interfraktionelle Besprechungen über den Gesetzentwurf“ — diktierte, heißt es dazu:

„(Der CDU-Abgeordnete) Stoltenberg hatte in der zweiten Lesung des Haushaltsgesetzes des Innenministeriums begrüßt, daß Schröder den Gesetzentwurf (über das Notstandsrecht) vorgelegt habe. Ich habe ihm daraufhin ... am 11. 4. 1960 einen Brief geschrieben, worin ich eine gemeinsame Unterredung vorschlug. Stoltenberg hat nicht geantwortet.

„In den beiden Ältestenratssitzungen vom 21.6. und 1.7.60 fragte der Bundestagspräsident Gerstenmaier Herrn Rasner ... wie weit die Besprechungen der Fraktionen über den Gesetzentwurf seien. Herr Rasner erklärte, daß sie laufen. Ich habe das ... sofort richtiggestellt und Rasner ... gefragt, was nun aus den Besprechungen werden sollte, worauf er mir erwiderte, er werde mich unterrichten.“

„Da dies nicht geschah, habe ich Rasner in der Woche vom 11. bis 16. 7. telefonisch mitgeteilt, daß die Besprechungen auch während der Parlamentsferien fortgesetzt werden könnten. Rasner tat sehr erfreut und versprach wiederholt, mir Nachricht zu geben. Er hat sich nicht mehr gemeldet.“

Ende Juli wurde dann offenbar, daß die Christdemokraten den „Geist der Überparteilichkeit“ ausgegeben hatten. Bei dem Freiburger SPD-Abgeordneten Friedrich Maier, der dem Bundestagsausschuß für Inneres vorsitzt, erschien der stellvertretende Ausschussherr Walter Kühlthau (CDU) und beklagte, daß die interfraktionellen Besprechungen zusammengebrochen seien. Menzel, von Maier informiert, bat den Christdemokraten Kühlthau telefonisch um Auskunft, wie dieser Hinweis zu verstehen sei. Kühlthau versprach, sogleich bei seinem Fraktionschef Krone nachzufragen.

Die Auskunft, die Krone erteilte, kann nicht sehr ermutigend gewesen sein, denn in einem zweiten Telefonat mit der SPD — so erinnert sich Notstandsexperte Menzel — war Kühlthau „recht kleinlaut“.

Menzel: „Er teilte mir mit, daß ... Krone ... ihm erklärt habe, es hätte einige Tage zuvor eine Unterredung zwischen Krone, Hoogen und Schröder stattgefunden. Sie habe ergeben, daß die CDU an eine Aussprache um die erste Lesung herum denke ... Sollte das nicht der Fall sein, müsse man versuchen, sich später in den Ausschüssen zu verständigen.“

Eine Verständigung in den Ausschüssen aber — das war selbst der CDU klar — war ausgeschlossen, solange die Ausschüsse über nichts anderes als das

Schroeder-Gesetz zu beraten hatten. Ein anderer Gesetzentwurf konnte dagegen nur in interfraktionellen Besprechungen konzipiert werden, und die Teilnahme an Interfraktions-Gesprächen hatte die CDU aufgekündigt.

Als bald begannen die SPD-Abgeordneten zu überlegen, welches taktische Vorgehen in der ersten Lesung für sie am erfolgreichsten wäre. Der Genosse Schmitt-Vockenhausen, der dem Innenminister Schroeder immerfort „die Maske vom Gesicht reißen“ möchte, wollte dieser Lieblingsbeschäftigung auch diesmal nachgehen, doch die Mehrheit in der sozialdemokratischen Fraktion fand, es sei falsch, ständig nur Opposition zu treiben.

Dieser Ansicht war auch SPD-Jurist Dr. Adolf Arndt, der vorschlug, man solle der Überweisung des Gesetzentwurfs an die Ausschüsse nur zustimmen, dann werde sich von selbst ergeben, daß Schroeder nicht durchdringen könne. Arndt, der von in ihrer Genossen unterstütz wurde, konnte sich nicht durchsetzen.

Schließlich verzielte Geschäftsführer Dr. Karl Mommer auf eine Zwischenlösung, die es der SPD erlaubte, sowohl ihren Widerstand gegen Schroeder als auch ihren Willen zur Mitarbeit an einer Notstandsregelung hinreichend deutlich zu machen: Die Fraktion der Sozialdemokraten beschloß, die Unterbrechung der ersten Lesung zu beantragen, „damit die interfraktionellen Gespräche durchgeführt werden können, um eine gemeinsame Grundlage für eine Verfassungsgesetzgebung zu suchen“.

Der ungebrochene sozialdemokratische Drang nach Gemeinsamkeit, dem die SPD-Redner in der Debatte unermüdlich Ausdruck gaben, ließ die christdemokratischen Klagen, daß diese Gemeinsamkeit fehle, einigermaßen deplatziert erscheinen.

Rief der christdemokratische Sprecher Dr. Kanka: „Arbeiten Sie mit an dem, was wir für unser Volk zu leisten haben!“

Echoete SPD-Arndt: „Wer ist denn im Verzuge? Wer hat denn die Gespräche nicht fortgeführt? Wer hat es bisher an dem Willen oder der Bereitschaft zur Zusammenarbeit fehlen lassen? Sie oder wir? ... Und dann stellen Sie sich hier noch hin und sagen ‚Arbeiten Sie mit!‘“

Das Fazit der Debatte: Schroeders Gesetzentwurf wurde zwar an die Ausschüsse überwiesen, doch war damit für die Christdemokraten nichts gewonnen.

Schroeder hätte das Debakel voraussehen können. Aber die Stimme seines Herrn hatte ihm letzte Zweifel an der Richtigkeit seines Vorgehens ausgedeutet: Hundert Minuten lang predigte Konrad Adenauer am Dienstag letzter Woche — einen Tag vor der Notstand debatte — der CDU-Fraktionsgemeinde, sie müsse dem Volk endlich klarmachen, was sie wolle. Die Wähler wüßten zwischen CDU und SPD nicht mehr deutlich genug zu unterscheiden, weshalb glaubhaft gemacht werden müsse, daß nach wie vor „himmlische Unterschiede“ vorhanden seien. Adenauer: „Meine Damen und Herren, da haben wir morgen die Debatte und da werden

wir ja sehen, was von der SPD zu halten ist. Hier Rhodos, hic salta.“

Am letzten Donnerstag mußte CDU-Fraktionsgeschäftsführer Rasner eingestehen, daß der Stoß ins Leere gegangen sei. Hinter vorgehaltener Hand deutete er an, nun müßten wohl doch erst interfraktionelle Gespräche mit den Sozialdemokraten stattfinden.

#### ERHARD

### Der Moralist

Fit der Attitüde eines Mannes, dem Opportunismus verhaft ist und der viel von moralischen Prinzipien hält, entwickelte Vizekanzler Ludwig Erhard vor einigen Wochen den Bundeskanzler Konrad Adenauer in ein Vier-Augen-Gespräch über die Linie, die es im nächsten Wahlkampf zu halten geite,



Bonner Journalistin Purwin  
Das Geheimnis vom Tegernsee

Die CDU habe als Regierungspartei die Pflicht, dozierte Erhard, nicht wieder allen wohl und niemanden wehe zu tun. Es sei einfach unmöglich, allen Interessenten alles zu versprechen. Eine Regierung werde viel eher gedacht — und wiedergewählt —, wenn sie einen konsequenten wirtschafts- und sozialpolitischen Kurs halte. Es schehe ja bisher leider so aus, erregte sich Erhard, als ob die Regierung das deutsche Volk und seine Interessengruppen für korrupt halte.

Darauf sah Konrad Adenauer seinen Stellvertreter erstaunt an und fragte: „Ja, glauben Sie denn, das wäre anders, Herr Erhard?“

Diese wahre Geschichte erzählte der Bundesvizekanzler in seinem Haus am Tegernsee acht Zeitungsläuten, die er im abgelaufenen Monat von Bonn nach Bayern gebeten hatte, um ihnen — nicht zur Veröffentlichung — neun Stunden lang

in ländlicher Idylle auseinanderzulegen, wie tief der Groll sitzt, den er, der zweite Mann der CDU-Wahlkämpfmannschaft, gegen den ersten dieser Riege, Konrad Adenauer, ungebrochen hegt: „Arm in Arm mit dem Kanzler — dieses Wahlkampfbild, das will ich am liebsten gar nicht erst sehen.“

Er werde sich, verkündete Ludwig Erhard vor seinen acht Hausgästen, in Wahlreden von manchen innenpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung und der CDU-Fraktion distanzieren. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion sei weniger eine Gruppe von Männern mit gleicher politischer Gesinnung als eine Koalition verschiedenster Interessengruppen. Vernünftige Fraktionsbeschlüsse würden durch einander entgegengesetzte Interessen oft verhindert.

Die Gruppensprecher, so beschwerte sich Erhard, ließen mit ihren Wünschen zum Bundeskanzler, der alte Herr entschelde dann allein nach Wahlgesichtspunkten, und die Fraktion beuge sich der allerhöchsten Meinung. Erhard: „Niemand will heute für das gemeinsame Wohl Opfer bringen. Die Regierung ist selbst schuld daran, daß es keine Staatsgesinnung gibt.“

Der Bundeskanzler genießt zwar nach wie vor Achtung, aber das Vertrauen der Wählerschaft schwindet doch angehend allzu opportunistischer Kanzler-Beschlüsse.

Ludwig Erhard ließ seinen Tegernsee-Gästen auch klarwerden, weshalb er solche für CDU-Begriffe kühne Kritik am Parteipatriarchen Adenauer äußerte: Der Kanzler schwenke jetzt auf den wirtschaftspolitischen Kurs ein, den er, Erhard, schon vor anderthalb Jahren vorgeschlagen habe; keine Abkapselung, der Brüsseler Sechs, Heranführung Englands an den Kontinent. „Soviel zur Frage des politischen Urteilsvermögens, das der Kanzler mir seinerzeit ab sprach.“

Als der britische Premierminister Harold Macmillan in Bonn war, so erzählte Ludwig Erhard seinen Gästen, habe der Engländer ihm unter vier Augen auseinandersetzt, wie ernst es Großbritannien mit seiner Hinwendung zum Kontinent sei. England habe sein Empire aufgeben müssen, und der Versuch, das Commonwealth durch wirtschaftliche Bindungen zusammenzuhalten, habe nicht recht funktioniert.

Ludwig Erhard konnte es sich nicht verkneifen, seinen acht Gesprächspartnern am Tegernsee auch dies zu erzählen: Konrad Adenauer habe sich in die wirtschaftlichen Gespräche zwischen Erhard und Macmillan mit dem Scherz einmischen wollen: „Ich war auch mal acht Tage Banklehrling, ich verstehe von Wirtschaft allerhand.“ Macmillan aber habe repliziert: „Acht Tage waren etwas wenige, Herr Kanzler.“

Obgleich Ludwig Erhard's umbohnbige Tegernsee-Bemerkungen über den Kanzler Konrad Adenauer eigentlich nur für die acht „indianen Gäste“, nicht aber für die Öffentlichkeit bestimmt waren, druckte die SPD-nahe „Neue Ruhr Zeitung“ unter der Überschrift: „Gespräche hinter verschlossener Tür — Erhard: Schluß mit dem Kuhhandel“ einen Artikel ihrer Bonner Korrespondentin Hilde Purwin, der es — obgleich sie nicht zu den acht Erhard-Gästen gehört hatte — laut Vorspruch „gelun-

gen (war), bisher unbekannte Informationen über Gespräche zwischen Erhard und seinen politischen Freunden zu erhalten, die kürzlich hinter verschlossenen Türen stattfanden".

Der Purwin-Beitrag, der die wesentlichen Tegernsee-Informationen enthielt, ohne den Ort des Gesprächs und die Profession der Gesprächspartner zu erwähnen, war geschickt festgesetzt: Er erschien, als der CDU-Bundesvorstand am Donnerstag vorletzter Woche zu seiner ersten Sitzung nach den Sommerferien zusammensrat.

Ehe der Vorstand mit seinen Beratungen begann, mußte Erhard aufgebrachten Vorstandsfreunden Rede und Antwort wegen des Purwin-Artikels stehn. So draufgängerisch, wie am Tegernsee war er vor diesem Gremium nicht mehr. Er nahm zu der Schutzbauung Zuflucht, seine Worte seien entstellt wiedergegeben, der Beitrag stimme vorn und hinten nicht.

Der Hilfskanzler stieß damit freilich auf Unglauben, und auch die "Deutsche Zeitung", die Erhards Plaudereien einen Leitartikel widmete, glaubte dem Purwin-Artikel mehr als der abschwächenden Version des Vizekanzlers vor dem CDU-Vorstand.

Schrieb das Erhard-feindliche Blatt: „Wenn ... wirklich mal da und dort ein führender CDU-Politiker etwas äußert, was die Sozialdemokraten als Kritik am Kanzler empfinden, so unterscheiden sie offenbar nicht genügend zwischen einer versteckten Kritik und einem melancholischen Seufzer über die Unermüdblichkeit des alten Herrn im Palais Schaumburg.“

Während sieben von Erhards acht Tegernse-Gästen nun herauszufinden versuchten, wer wohl der Journalistin Purwin die Ketzereien des Vizekanzlers ausgeplaudert hat, ist der Betroffene vierzehn Tage lang für unbedeutsche Fragen nicht erreichbar: Ludwig Erhard reiste zunächst nach Washington zur Weltbank und von dort weiter nach Persien zu Shah Resa Pahlevi und Kaiserin Farah Diba.

#### BERLIN

### Korridor-Sorgen

A ußenamtmann Heinrich von Brentano war am Mittwochmorgen der letzten Woche noch geschäftsfrei durchs Bundeshaus gestiefelt. Am Nachmittag des gleichen Tages hatte ihn ein Halswöh auf das Krankenlager seines Junggesellenheims am Bonner Venusberg geworfen.

Der Minister zog sich in sein Schlafzimmer zurück, kurz bevor Berlins Willy Brandt in Bonn ankam, um mit ihm zu konferieren. So mußte der Berliner Bürgermeister mit dem Außenamtsstaatssekretär Carstens vorliebnehmen, um die Sorgen abzuladen, die ihn seit neuestem drücken.

Bis zur letzten Woche hatten die Sowjets nur ihren roten Bauern Walter Ulbricht im Spiel, der unter Hinweis auf die "Souveränität der DDR" Bürger der Bundesrepublik auf den Straßen nach Berlin schikanerte. In einer Note an die Regierungen der drei Westmächte hat Moskau sich letzte Woche aber nur direkt eingeschaltet und den Bürger-

meister Brandt zu seiner Bonn-Reise animiert.

„Die Sowjetregierung stellt fest“, heißt es in der Note an die Amerikaner, „daß es in der Note an die Amerikaner, daß die Besetzungsbehörden der drei Westmächte ... die Verantwortung für die Lage in Westberlin tragen ... Unter Mißbrauch ihrer Stellung haben sie die für die Sicherung der Bedürfnisse ihrer Garnisonen in Westberlin zur Verfügung gestellten Luftkorridore widerrechtlich zum Transport von Teilnehmern (von) Revanchistentreffen aus der deutschen Bundesrepublik nach Westberlin benutzt ... Die Sowjetregierung besteht darauf ... daß die Regierung der Vereinigten Staaten ... in Zukunft die widerrechtliche Benutzung der ... zur Verfügung gestellten Verbindungswägen verhindert.“

Brandts Sorge, daß die Amerikaner auf solche Forderungen nicht hart und schnell reagieren würden, nährt sich aus pessimistischen Berichten, die der Beobachter des Berliner Senats bei der

Uno-Vollversammlung, der Oberregierungsrat Gerd Lemmer, ein Neffe des gesamtdeutschen Ministers, nach Berlin gegeben hat.

Lemmer-Neffe Gerd glaubt beobachtet zu haben, daß die Amerikaner sich mit den Sowjets zur Zeit unter keinen Umständen auf einen Berlin-Strauß einlassen wollen; wenn es wegen der wortstarken Erklärungen führender amerikanischer Politiker und Zeitungen anders ausschen sollte, so sei vor einem Trugschluß zu warnen: Die Propaganda-Apparate der Republikaner und Demokraten brauchten für das Wählervolk derart lästige Anti-Sowjet-Parolen, um Stimmen für die Präsidentenwahl am 5. November zu ziehen. Solange sich Ulbricht auf Nadelstiche am Rande beschränke, würden die USA aber de facto nichts unternehmen, was ihnen neue Engagements und Risiken aufbürdnen könnte.

Dem Berliner Bürgermeister schien es angemessen Heinrich von Brentano über die neue sowjetische Luftkorridor-Bedrohung zu sprechen; der Bundesaußenminister ist erst kürzlich in Amerika mit dem amerikanischen Außenminister Christian Herter zusammengetroffen und hat sich dort aus erster Hand informiert.

Jedoch, Brentanos Halswöh — tags erhöhte Temperatur, abends Fieber — verhinderte das Treffen. So konzentrierte sich Brandts Hoffnung auf den amerikanischen Botschafter Dowling, dem er am Donnerstag seine Aufwartung mache.

Der Bürgermeister meinte, jetzt seien die Alliierten selbst angesprochen und müßten handeln. Er legte seine Korridor-Sorgen dar und riet dringend zu einer schnellen und harten Antwort an Moskau. Diplomat Dowling schwächtigte die Antwort, wurde in Washington schon richtig konzipiert werden. Zu Sorge sei keinerlei Grund. Dem Versuch Willy Brandts, die Alliierten zur Tat für Berlin anzuuspornen, oblieb kein zweiter Erfolg versagt. Die Deutschen in Bonn und Pankow



22 Mar 61

Seite C Nr. 69/18

DRUCKEREI

## Mit Willy Brandt in den Vereinigten Staaten

# Bei den Befürwortern der Wiedervereinigung

### Eine bedeutsame Reise / Von unserer Korrespondentin Hildegard Purwin

Berlins Regierender Bürgermeister hat in den acht Tagen seiner Amerikareise keinen Dolmetscher gebraucht, denn sein Englisch ist ausgezeichnet. Er hat Englisch sozusagen in verschiedenen Sprachen gesprochen, so wie er angesprochen wurde: von den Politikern in Washington anders als von den Geschäftsmännern in Chicago, von den Professoren in New York anders als von den Juden in der gleichen Stadt.

Beim ersten Abend Brandts bei Botschafter Grewe in Washington lernten sich einige Berater und Mitarbeiter des Präsidenten Kennedy überhaupt erst näher kennen. Die neuen Leute in Washington arbeiten hart und haben noch nicht viel Zeit für geselliges Zusammentreffen. Kennedy-Berater Prof. Rostow, einer der wichtigsten Männer, die sich der Präsident aus den Universitäten und Studier-

und höflich am Telefon, aber ein Treffen lehnten Sie ab, weil Sie den Sonntag Ihrer Familie widmen wollten. Damals war ich allerdings noch nicht politischer Berater des amerikanischen Präsidenten." Brandt: "Ich werde nie wieder einem amerikanischen Professor einen Termin abschlagen."

#### Kennedy weiß Bescheid

Kennedy selbst überraschte Brandt mit seinen intimen Kenntnissen der Lage in Berlin und ganz Deutschland. Sein Interesse gilt nicht nur den großen Problemen, sondern auch den beteiligten Personen. Er fragte Brandt plötzlich: "Sagen Sie, der Ebert in Ostberlin ist doch ein Sohn des Reichspräsidenten Ebert. Hat er noch mehr Söhne gehabt und sind sie alle kommunistisch geworden?"

Obrigens betrafen die ersten Worte, die Kennedy und Brandt wechselten, weder das Berlin- noch das Deutschland-Problem. Der Präsident, der gleich nach seinem heiß erkämpften knappen eigenen Wahlsieg in alle seine Handlungen einkalkuliert, daß er in vier Jahren wieder siegen will,

fragte Brandt zu allererst: "Wie wird Ihre Wahlkampagne ausschauen?"

Chikagos Bürgermeister Daley ist nicht nur Herr seiner Stadt, die er an allen Ecken und Enden abreißen und neu aufbauen will, sondern auch Vorsitzender der Vereinigung amerikanischer Bürgermeister, wie Willy Brandt Präsident des Deutschen Städtetages ist. Die Chikagoer selbst interessiert das wenig. Sie kümmern sich auch kaum um die Schwierigkeiten der großen Politik. Sie sind mit ganzem Herzen für Berlin, und Daley sagt: "Niemals ist in unserer Stadt ein mutiger Mann oder der Führer eines mutigeren Volksstammes gekommen als Willy Brandt, Bürgermeister von Berlin." Zum Mittagessen lädt der Klub der großen Geschäftsmänner ein – Hunderte von Männern und keine Frau.

Willy Brandt hält seine Tischrede frei und unkompliziert. Hinterher fragt einer der Teilnehmer: "Werden Sie kämpfen, wenn die Kommunisten gegen Sie vorgehen?" Willy Brandt: "Ja" – und sofort brust Beifall durch die große Halle. Später erkundigt sich ein anderer Teilnehmer, ob die Teenager von West- und Ostberlin sich untereinander verabreden können.

#### "Wir wollen Berlin"

Abends erzählt ein "Rathausmann", wie man hier sagt, daß er sich heute noch ärgert, weil er gegen Kriegsende zwar in Deutschland war, aber nicht bis nach Berlin kam. Er ist

**EINMAL MIT WILLY**  
mancher Ex-Berliner  
Regierende Bürger

Oberst a.D. und  
Schwesterdadt vo  
Sie haben uns P  
sagte er, und das uns.  
Wir wollen B

In der New-Yo  
versität wird Will  
der führenden Sta  
lands" vorgestellt.  
Smoking, es geht f  
mand käme auf di  
kago zu rufen: "W  
Brandt hat seine  
gearbeitet und mit  
die unter Intellekt  
sind.

#### Im Herzl-Institut

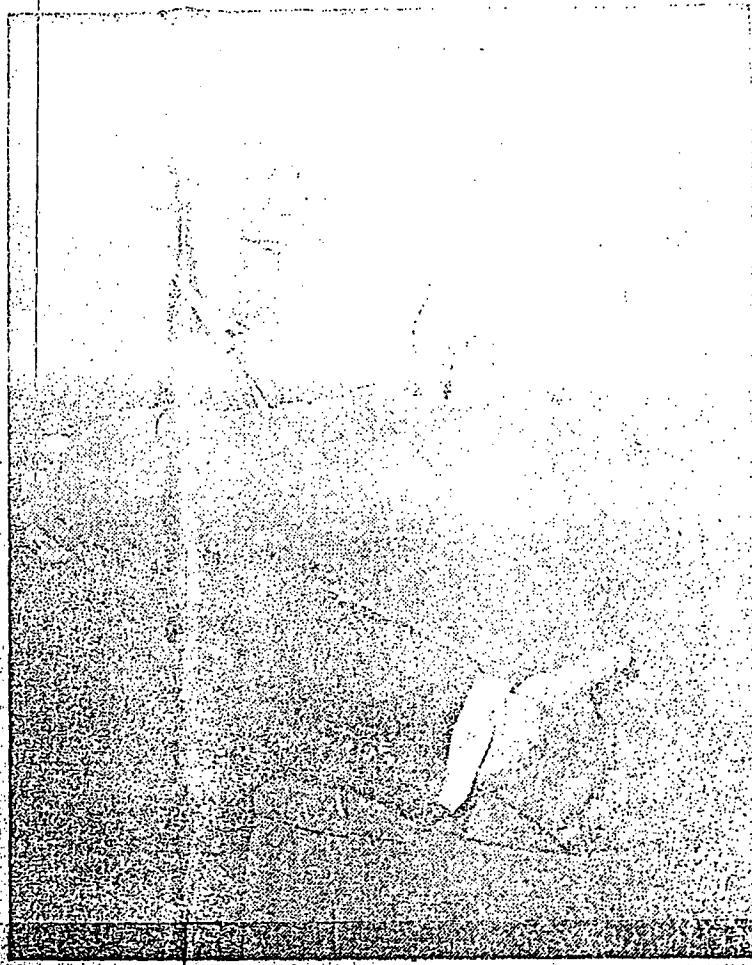
Vielelleicht noch s  
tet ist seine Reda  
Israel und die Jud  
Herzl-Institut - b  
überhaupt kein I  
Mahnung, auftrete  
die Bundesrepubli  
und Eichmann zu  
nicht selbst einde  
stand. Brandt hat  
gen, bevor er ihn k  
Am St. Patricks

DARF MAN DEUTSCHLAND wieder trauen? Im New Yorker Herzl-Institut, wo Willy Brandt eine viel beachtete Rede über „Deutsche, Juden und Israel“ hielt, stellt eine Zuhörerin Fragen.

GALA-DINER im exklusiven Black-Stone-Hotel (links). Die führenden Köpfe von Chikago, an ihrer Spitze Bürgermeister Daley, geben einen Abend für den Gast aus Berlin. Das Berliner Wappen zierte die Stirnseite des Saales.

N.W.C. - 001967

Mittwoch, 22. März 1961



EINMAL MIT WILLY im Walzer sich drehn — dieser Wunsch erfüllte sich bei  
mancher Ex-Berlinerin beim Vereinsabend der Berliner in New York. Und der  
Regierende Bürgermeister fühlt sich ganz als Botschafter seiner Stadt.  
Fotos: Alois Bankhardt

Oberst a. D. und möchte Berlin zur  
Schwesternstadt von Chicago machen:  
Sie haben uns Paris vorgeschlagen,  
sagte er, und das ist doch nichts für  
uns. Wir wollen Berlin.

In der New Yorker Columbia-Universität wird Willy Brandt als „einer der führenden Staatsmänner Deutschlands“ vorgestellt. Die Herren tragen Smoking, es geht feierlich zu, und niemand käme auf die Idee, wie in Chicago zu rufen: „Willy, lächle, Willy!“ Brandt hat seine Rede sorgsam ausgearbeitet und mit Vokabeln gespickt, die unter Intellektuellen gebräuchlich sind.

#### Im Herzl-Institut

Vielleicht noch sorgfältiger erarbeitet ist seine Rede über Deutschland, Israel und die Juden, die er vor dem Herzl-Institut hält. Hier könnte überhaupt kein Deutscher mit der Mahnung auftreten, Deutschland und die Bundesrepublik nicht mit Hitler und Eichmann zu identifizieren, der nicht selbst eindeutig gegen Hitler stand. Brandt hat jeden Satz abgewogen, bevor er ihn hier ausspricht.

Am St. Patricks Day nimmt Brandt

mit dem Bürgermeister und dem Gouverneur von New York die Parade der Iren ab. Er wird gefragt, ob er eine irische Mutter hat. Nein? Zu schade. Heute gilt nur, wer irisch ist. Held des Tages ist Kardinal Spellman, weil er die vollen fünf Stunden, über die sich die Parade hinzieht, im eisigen Wind ausharrt.

Abends kommt Willy Brandt auf den „Sauerkraut-Broadway“, wo die Cafés Heidelberg oder auch Hindenburg heißen, zum Vereinsabend der Berliner von New York. Vereinsvorsitzender ist Willy Krause, Buchdrucker und Handsetzer, der die ersten Nachkriegsjahre noch in Berlin verbrachte. Er hält eine begeisterte Rede: Willy Brandt ist der Mann, der Deutschland wieder vereinen wird. Brandt dankt sich auf die Weise, die ihm die Berliner in New York oder vielmehr die New Yorkerinnen aus Berlin sicher nicht vergessen werden: Er tanzt Walzer mit jeder von ihnen. Was sicher nicht die kleinste Anstrengung auf dieser anstrengenden Reise war.